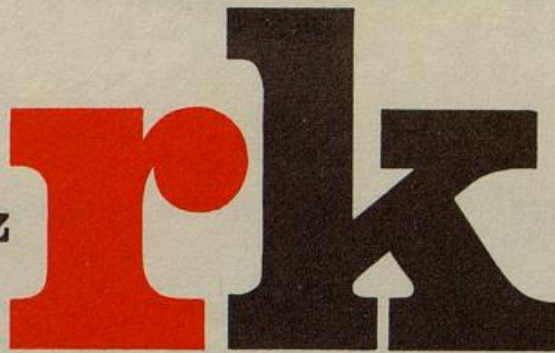


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



1 pp  
gegründet 1861

Dienstag, 16. November 1982

Blatt 3286

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:  
(grau)

Goldenes Ehrenzeichen für Primaria Leodolter

Kommunal:  
(rosa)

Bausperre für den "Lettenhaufen"  
Wiener Budget und Stadtwerke-Wirtschaftsplan  
beschlossen  
Einsichtnahme in das Budget 1983

Politik:  
(rosa)

Hatzl: Stärkere Förderung und mehr Kontrolle im  
Wohnbau

Kultur:  
(gelb)

Karl-Valentin-Ausstellung im Palais Palffy

Nur

Über FS: 15.11. Gassergassen-Delegation im Rathaus  
16.11. Gasaustritt behindert Verkehr  
Aquarelle im Bezirksmuseum Landstraße

.....  
Bereits am 15. November 1982 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Goldenes Ehrenzeichen für Primaria Leodolter

=++++

20 #Wien, 15.11. (RK-POLITIK) Gesundheitsminister a.D. Primaria Ingrid LEODOLTER erhielt Montag nachmittag von Bürgermeister Leopold GRATZ das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien verliehen.#

In seiner Würdigung erklärte der Bürgermeister die Höhepunkte im Schaffen Leodolters im neu gegründeten Gesundheitsministerium seien groß angelegte Aufklärungskampagnen, der erste Spitalsplan für ganz Österreich, der erste Schritt zur Kostenstellenrechnung sowie zum Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds gewesen. Auch sei die Krankenpflegeausbildungsreform unterdessen schon so etabliert, daß man sich gar nicht mehr vorstellen könne, warum ein junger Mensch eigentlich nicht schon mit 15 Jahren mit der Krankenpflegeausbildung beginnen solle. Das größte Verdienst Leodolters sei aber die Popularisierung der Vorsorgemedizin und da wieder die Einführung des Mutter-Kind-Passes gewesen. Hätte Leodolter in ihrem Berufsleben nichts anderes geleistet, als daß einige tausend Menschen am Leben sind die ohne Mutter-Kind-Paß ganz sicher gestorben wären, wäre schon das allein Grund genug für jede Auszeichnung des Staates und des Bundeslandes. Nur wenige Menschen könnten von sich sagen, daß man ihren beruflichen Erfolg in Menschenleben und dem Glück von Familien messen kann, schloß GRATZ. (Schluß) rö/ap

NNNN

Bausperre für den "Lettenhaufen"

=++++

1 #Wien, 16.11. (RK-KOMMUNAL) Für den sogenannten "Lettenhaufen" im 22. Bezirk soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. Der Grund: die derzeit gültigen Bestimmungen würden hier neue Gebäude mit einer Höhe bis zu 42 m zulassen. Das entspricht jedoch nicht den Ergebnissen des Wettbewerbes "Donaustadt 2000", der im vergangenen April abgeschlossen wurde. Um nun neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne so erstellen zu können, daß sie den Juryempfehlungen aus dem Wettbewerb entsprechen, ohne daß die Ziele durch zwischenzeitliche Bauführungen zunichte gemacht werden, ist die Bausperre vorgesehen. #

Der Planentwurf (Plannummer 5760) liegt vom 18. November bis 16. Dezember während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Das Plangebiet befindet sich zwischen Wagrainer Straße, Donaustadtstraße, Arminenstraße und Erzherzog-Karl-Straße.

Für das 354 Hektar große Gebiet beiderseits der Wagrainer Straße zwischen UNO-City und Kagraner Platz war ein städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgeschrieben worden. Eingereicht wurden 31 Projekte, eine Jury wählte daraus drei gleichrangige Preise. Nun sollen die Wettbewerbsergebnisse in neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne umgesetzt werden. Um die Verwirklichung von Bauprojekten im Bereich des "Lettenhaufen" zu verhindern, die den Juryempfehlungen nicht entsprechen, soll die zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. (Schluß) and/bs

NNNN

## Karl-Valentin-Ausstellung im Palais Palffy

=++++

3 #Wien, 16.11. (RK-KULTUR) Das Österreich-Haus im Palais Palffy zeigt in Zusammenarbeit mit dem Kulturred der Stadt Wien bis 16. Jänner 1983 die Ausstellung "Karl Valentin". Die Schau wurde vom Stadtmuseum München übernommen, das sie anlässlich des 100. Geburtstages Valentins zusammengestellt hat. #

Die Ausstellung verdeutlicht in einer umfangreichen Dokumentation den Weg des Valentin Fey aus der Münchner Vorstadt Au zum "Volkssänger", absurden Humoristen und Filmmacher. Valentins Groteskkomik dokumentiert sich in seinem "Panoptikum", einer Sammlung kurioser "Museumsstücke", die von der zerronnenen "Schneeplastik" über den "Winterzahnstocher" (mit Pelz) bis zum "Liegenden Stehkragen" reicht. In einem Video-Raum werden 18 Filme Valentins durchlaufend gezeigt, eine "Akustik-Bank" vermittelt via Kopfhörer eine Reihe von Valentins zahlreichen komischen Dialog-Szenen.

Die Ausstellung ist von Montag bis Samstag von 10 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 10 bis 13 Uhr geöffnet. Am 24., 25. und 31. Dezember, sowie am 1. Jänner bleibt die Schau geschlossen. Der umfangreiche Katalog kostet 240 S, Valentin-Plakate sind um 40 S, 60 S und 80 S erhältlich. (Schluß) gab/gg

NNNN

Hatzl: Stärkere Förderung und mehr Kontrolle beim Wohnbau (1)

=++++

6 #Wien, 16.11. (RK-POLITIK) Wohnbaustadtrat Johann Hatzl präsentierte Dienstag im Bürgermeisterpressegespräch die Richtlinien für eine stärkere Förderung und mehr Kontrolle im Wohnbaubereich, die ebenfalls am Dienstag dem Wohnbauförderungsbeirat vorlagen.

Die Wohnbeihilfen werden erhöht. Behinderte sollen künftig bevorzugt behandelt werden. Außerdem ist eine Anhebung der Wohnbauförderung ab 1983 mit verbesserten Pauschalsätzen vorgesehen. Die Obergrenzen für Wohnungsverbesserungen werden ebenfalls angehoben. Stadtrat Hatzl setzt sich für eine verstärkte Überwachung der Bautätigkeit im genossenschaftlichen Wohnbau ein. Grundstückspekulationen sollen verhindert und Kostensteigerungen zulasten der Wohnungswerber vermieden werden.#

Zwtl.: Höhere Wohnbeihilfen

Die Bezieher von Wohnbeihilfen können sich freuen: Die Wohnbeihilfenverordnung wird novelliert, die Beihilfen werden kräftig angehoben. Stadtrat Hatzl erläuterte dies an Hand von 2 Beispielen:

#### Beispiel a

In einer städtischen Wohnhausanlage im 11. Bezirk leben drei Personen mit einem monatlichen Einkommen von 12.000 Schilling in einer 88 Quadratmeter großen Wohnung. Der Grundzins beträgt 2.163 Schilling. Der zumutbare Wohnungsaufwand wurde bisher mit 1.121 Schilling festgesetzt. Ab 1983 soll dieser zumutbare Wohnungsaufwand auf 664 Schilling herabgesetzt werden. Das bedeutet, daß die Wohnbeihilfe bisher 1043 Schilling betrug, ab 1983 aber 1.499 Schilling betragen wird.

Bei einer Jungfamilie, bei der für die Berechnungsgrundlage noch ein weiteres Familienmitglied fiktiv angenommen wird, erhöht sich die Wohnbeihilfe von 1.611 Schilling auf 1.837 Schilling, der zumutbare Wohnungsaufwand beträgt 1983 nur mehr 326 Schilling.

#### Beispiel b

In einer städtischen Wohnhausanlage im 22. Bezirk leben drei Personen mit einem monatlichen Einkommen von 12.000 Schilling in einer 82 Quadratmeter großen Wohnung mit einem Grundzins von 1.491 Schilling. Der zumutbare Wohnungsaufwand beträgt derzeit 1.121 Schilling und wird 1983 nur mehr 664 Schilling betragen. Die Wohnbeihilfe, die derzeit 370 Schilling ausmacht wird auf 827 Schilling steigen.

(Forts.) red/ap

Hatzl: Stärkere Förderung und mehr Kontrolle im Wohnbau (2)

Utl.: Vorrang für Behinderte

=++++

7 Wien, 16.11. (RK-POLITIK) Die Novellierung der Wohnbeihilfenverordnung sieht vor, Behinderte künftig Jungfamilien gleichzustellen, das heißt, bei der Berechnung der Wohnbeihilfe wird eine Person dazugerechnet. Im Rahmen der Wohnbauförderung soll es bei Neubauten einen Zuschlag von 10 Prozent für die Wohnnutzfläche der Behindertenwohnung geben.

Zwtl.: Anhebung der Wohnbauförderung

Für die Wohnbauförderung sollen ab 1983 ebenfalls verbesserte Pauschalsätze gelten.

Die neuen Höchstgrenzen:

- |  |                  |
|--|------------------|
| 1. Für Eigenheime und Reihenhäuser.....                  | 10.000 Schilling |
| 2. für Mehrwohnungshäuser bei einer                      |                  |
| Nutzfläche bis 1.500 m <sup>2</sup> .....                | 9.100 Schilling  |
| über 1.500 m <sup>2</sup> bis 3.500 m <sup>2</sup> ..... | 7.900 Schilling  |
| über 3.500 bis 10.000 m <sup>2</sup> .....               | 7.200 Schilling  |
| über 10.000 m <sup>2</sup> .....                         | 7.100 Schilling  |

Für Energiesparmaßnahmen soll ein Prozent Zuschlag gegeben werden. Im Übrigen soll es sich bei dieser Anhebung der Wohnbauförderungssätze nur um eine interimistische Maßnahme handeln, da eine Kommission zur Erarbeitung neuer Grundsatzfragen bestellt werden soll. Danach könnte es möglicherweise eine weitere Anhebung der Pauschalsätze geben. Wohnbaustadtrat Hatzl warnt jedoch bereits jetzt die Bauwirtschaft davor, die Anhebung der Wohnbauförderung durch steigende Baukosten zu "schlucken", anstatt sie einer Qualitätsverbesserung im Wohnbau zuzuführen. Die Anhebung der Förderungssätze wird den Neubau in Zukunft billiger machen.

Zwtl.: Bereits 5.500 Wohnungen gefördert

Das ursprünglich geplante Bauvolumen von 5.500 Neubauwohnungen für 1982 hat bereits die Zusicherung der Wohnbauförderung erhalten. Es sind dies 3.511 Wohnungen und 47 Lokale, die mit 1.897 Millionen Schilling im Rahmen des Wohnbauprogrammes der Stadt Wien gefördert wurden und 1.991 Wohnungen im Rahmen des Sonderwohnbauprogrammes, für die eine Förderung von 1.588 Millionen Schilling genehmigt wurde. Rund 3.000 Wohnungen werden noch heuer gefördert.

(Forts.) red/ap

Hatzl: Stärkere Förderung und mehr Kontrolle im Wohnbau (3)

Utl.: Neues Wohnbauprogramm

=++++

8 Wien, 16.11. (RK-POLITIK) Nach dem Finanzierungsplan für das Wohnbauprogramm 1983 - 1988 kann trotz Baukostensteigerungen und stärkere Subjektförderung eine gleichbleibende Wohnbauleistung von 5.500 Wohnungen pro Jahr erreicht werden. Im neuen Wohnbauprogramm sind daher 27.500 Neubauwohnungen, darunter rund 9.000 städtische Wohnungen und 55.000 Wohnungsverbesserungen vorgesehen.

Zwtl.: Begünstigte Rückzahlung von Eigentumswohnungen

Bis zum 30. September 1982 konnten Anträge für eine begünstigte Rückzahlung von Eigentumswohnungen gestellt werden. Bei der MA 50 wurden 2.500 Anträge eingebracht, wovon bereits 2.050 Anträge mit einem Rückzahlungsvolumen von 145 Millionen Schilling positiv erledigt wurden. Das Rückzahlungs-Begünstigungsgesetz, das 1971 als Bundesgesetz in Kraft trat, besagt, daß sich Eigentümer von Wohnungen bei der vorzeitigen Rückzahlung der Wohnbauförderungsdarlehen 50 Prozent ersparen. Die zweite Hälfte des noch aushaftenden Darlehens wurde erlassen. Dieses Gesetz läuft nun aus.

Zwtl.: Anhebung der Wohnungsverbesserung

Die Höhe der Antragstellung für eine Wohnungsverbesserung soll von bisher 120.000 Schilling auf 150.000 Schilling beschlossen werden. Bei Wohnungszusammenlegungen soll die neue Obergrenze 300.000 S statt bisher 240.000 S betragen. Auch Wärmeschutzfenster werden künftig besser gefördert. Der k-Wert eines Fensters, das ist die Bezeichnung für die Güte des Wärmeschutzes, muß allerdings 2,1 statt bisher 2,5 betragen, das heißt, das Fenster muß eine bessere Wärmeschutzqualität haben. Für Schallschutzfenster soll es ebenfalls eine Förderung im Rahmen der Wohnungsverbesserung geben. Voraussetzung ist jedoch, daß die Fenster kein schlechteres Schalldämmmaß als 38 dB haben.

(Forts.) red/ap

Hatzl: Stärkere Förderung und mehr Kontrolle im Wohnbau (4)

Utl.: Mehr Kontrolle im genossenschaftlichen Wohnbau

=++++

9 Wien, 16.11. (RK-POLITIK) Eine verstärkte Überwachung der Bautätigkeit und eine verstärkte Kontrolle der Kosten soll es künftig im genossenschaftlichen Wohnungsbau geben. Das Land Wien will durch folgende Maßnahme diese Kontrolle ausüben:

Ab 1983 muß die Magistratsabteilung 50 von allen Grundstücksankäufen, für die eine Wohnbauförderung beantragt werden soll, binnen drei Monaten verständigt werden.

o Beim Ankauf des Grundstückes, für das eine Förderung beantragt wird muß bereits ein Widmung für Wohnbau bestehen. Grundstücke, die beim Ankauf durch eine Genossenschaft eine anderweitige Widmung haben und erst umgewidmet werden müßten, werden für eine Wohnbauförderung nicht berücksichtigt. Bei der Meldung des Grundstückes sind Kaufvertragsabschluß, Kaufpreis, Grundfläche, geplante Anzahl der Wohnungen sowie die Widmung bekannt zu geben.

o Das Verhältnis zu dem ursprünglichen Angebot einer Wohnung und den tatsächlichen vom Mieter zu tragenden Kosten muß in einer vernünftigen Relation liegen. Falls bei der Endabrechnung eine Steigerung der Rückzahlungsrate von mehr als 10 Prozent oder Eigenmittelleistung einer Steigerung von mehr als 5 Prozent gegenüber den ursprünglichen Angebot eintritt, soll sich der Wohnbauförderungsbeirat die Verhängung einer drei Jahre befristeten Sperre der betreffenden Bauvereinigung von einer positiven Begutachtung weitere Projekte vorbehalten.

(Schluß) red/ap

NNNN



Wiener Budget und Stadtwerke-Wirtschaftsplan beschlossen (1)

=++++

10 #Wien, 16.11. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Budget 1983 und der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurden Dienstag in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtsenats und des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Das Budget sieht Einnahmen von 60,6 Milliarden und Ausgaben von 65,6 Milliarden vor, der Abgang beträgt fünf Milliarden. Der Verlust der Wiener Stadtwerke beträgt 477 Millionen. Er ist damit deutlich geringer als 1982. Ebenfalls mit den Stimmen der SPÖ wurde der sogenannte "Gebührenspegel" beschlossen, der den Magistrat ermächtigt, zu überprüfen, ob und inwieweit eine Änderung bei den Wiener Gebühren zu beantragen ist. #

Im Gebührenspegel wird festgehalten, daß von den 33 Gebühren der Stadt Wien nur vier annähernd kostendeckend sind - und zwar die Gebühren für Trauungen im Wiener Rathaus, die Gebühren der physikalischen-technischen Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin, die Müllabfuhrgebühr und die Abschlußtaxe.

Sprecher der ÖVP kritisierten am Budget 1983, daß die Einnahmen aus dem Finanzausgleich und aus den Landes- und Gemeindeabgaben sinken und daß daher die Stadt Wien versucht, über die Gebühren das "Finanzloch" zu schließen. Dazu erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR, daß im Budget keine neuen Erhöhungen enthalten sind. Wesentliche Steigerungen bei der Kanalgebühr gehen auf einen Beschluß des Wiener Gemeinderates aus dem Jahre 1981 zurück, wo bereits in einer Etappenlösung eine Erhöhung von vier Schilling im Jahr 1982 auf sechs Schilling im Jahr 1983 beschlossen wurde. Die höheren Ansätze bei der Wassergebühr erklären sich damit, daß die im Jahr 1981 beschlossene Erhöhung im Budget 1982 noch keine Berücksichtigung fand. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Budget und Stadtwerke-Wirtschaftsplan beschlossen (2)

Utl.: Stadtwerke-Wirtschaftsplan

=++++

11 Wien, 16.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN legte den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1983 vor. Er betonte, daß der prognostizierte Verlust von 477 Millionen deutlich unter dem Ansatz des Wirtschaftsplanes 1982 (892 Millionen) liegt. Dieser Verlust resultiert im wesentlichen aus Abschreibungen der Verkehrsbetriebe, die von der Hoheitsverwaltung im Rahmen der Entlastung nicht abgegolten werden.

Die Verkehrsbetriebe erhalten von der Hoheitsverwaltung wie 1982 rund zwei Milliarden als Betriebskostenzuschuß und als Kapitalaufstockung zur Finanzierung der Investitionen. Insgesamt planen die Stadtwerke im kommenden Jahr Investitionen in der Höhe von 2,6 Milliarden.

Gemeinderat Fritz HAHN stellte fest, daß sich die Situation bei den Stadtwerken zwar gebessert habe, begründete die ablehnende Haltung der ÖVP zum Stadtwerke-Wirtschaftsplan aber vor allem damit, daß die E-Werke hohe Belastungen für die Verkehrsbetriebe übernehmen müssen.

Das Wiener Budget und der Stadtwerke-Wirtschaftsplan werden vom Wiener Gemeinderat in der Woche vom 6. bis 10. Dezember 1982 beraten.  
(Schluß) ger/ap

NNNN

## Einsichtnahme in das Budget 1983

=++++

12 Wien, 16.11. (RK-KOMMUNAL) Die öffentliche Einsichtnahme in das Wiener Budget 1983 ist für die Zeit von Mittwoch, 17. November, bis einschließlich Mittwoch, 24. November, vorgesehen. Die Einsichtnahme ist in dieser Zeit, außer Samstag und Sonntag, von 8 bis 18 Uhr in der Stadtinformation im Wiener Rathaus, Schmidt-Halle, und in allen Außenstellen des Bürgerdienstes möglich. Neben der Einsichtnahme können Erinnerungen zum Budget abgegeben werden.  
(Schluß) sei/bs

NNNN

Hatzl: Stärkere Förderung und mehr Kontrolle im Wohnbau (5)  
utl.: Erhaltungsbeitrag wird Schilling für Schilling verrechnet  
=++++

13 Wien, 16.11. (RK-POLITIK) Wohnbaustadtrat Johann HATZL wies am Dienstag auch die Vorwürfe von Landtagspräsident Fritz HAHN, (ÖVP), entschieden zurück, daß sich die Stadt Wien bei der Einhebung des Erhaltungsbeitrages in den städtischen Wohnhäusern ein Körberlgeld verschaffe. "Jeder Schilling, der als Erhaltungsbeitrag eingehoben wird" betonte Hatzl, "wird für das entsprechende Wohnbauobjekt wieder investiert. Es ist mein Prinzip, daß jene Geldmittel, die der einzelnen Mieter aufbringt, auch für sein Mietobjekt verwendet werden." (Schluß) fk/ap

NNNN